



HESSISCHER LANDTAG

31. 07. 2014

Große Anfrage

der Abg. Schott (DIE LINKE) und Fraktion

betreffend Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hessen

Wir fragen die Landesregierung:

I. Quantitative Entwicklung

1. Wie hat sich die Anzahl von Kindern und Jugendlichen in den Jahren 1990 bis 2013 verändert?
2. Wie viele Kinder und Jugendliche lebten am 31.12.2013 in Hessen (nach Kreisen und kreisfreien Städten)?
3. Wie hoch ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung (nach Kreisen und kreisfreien Städten)?
4. Wie haben sich die Geburtenzahlen seit 1990 in Hessen verändert (nach Kreisen und kreisfreien Städten)?

II. Kinder- und jugendärztliche Versorgung

1. Welche Kreise und kreisfreien Städte in Hessen sind kinderärztlich zu wie viel Prozent unterversorgt, durchschnittlich versorgt oder überversorgt?
2. Wie viele Kinderärztinnen und -ärzte werden in den Jahren 2015 und 2020 das 65. Lebensalter erreicht haben (bitte nach Regionen aufschlüsseln)?
3. Welche Entfernungen (maximal und durchschnittlich) hat eine Familie mit Kindern und Jugendlichen zurückzulegen, wenn sie eine Kinderärztin oder -arzt aufsuchen will?
4. In welcher Zeit sind diese Entfernungen mit motorisiertem Individualverkehr oder öffentlichem Nahverkehr zurückzulegen?
5. Inwiefern sind Kinderärztinnen und -ärzte bereit und in der Lage, Hausbesuche zu machen, wenn ein Praxisbesuch nicht möglich ist?
6. Wie viele Patientinnen und Patienten sollen von Kinderärztinnen und -ärzten durchschnittlich im Quartal behandelt werden?
7. Wie viele Kinderärztinnen und -ärzte behandeln durchschnittlich eine höhere Anzahl und welche Konsequenzen hat dies auf Einkommen und Arbeitsaufwand?
8. Welche Maßnahmen werden vonseiten der kassenärztlichen Vereinigung und der Landesregierung entwickelt, um unterversorgte Regionen kinderärztlich zu versorgen?
9. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um eine künftige Unterversorgung aufgrund der ausscheidenden Kinderärztinnen und -ärzte zu verhindern?

III. Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung

1. Wie viele Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater gibt es in Hessen und wie stellt sich die Versorgung in den Kreisen und kreisfreien Städten dar (zu wie viel Prozent unterversorgt, durchschnittlich versorgt oder überversorgt)?
2. Wie viele Patientinnen und Patienten werden durchschnittlich von einer psychiatrischen Vollzeitkraft ambulant versorgt?

3. Wie viele Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten gibt es in Hessen und wie stellt sich die Versorgung in den Kreisen und kreisfreien Städten dar (zu wie viel Prozent unterversorgt, durchschnittlich versorgt oder überversorgt)?
4. Wie viele Patientinnen und Patienten werden durchschnittlich von einer psychotherapeutischen Vollzeitkraft versorgt?
5. Welche Maßnahmen werden bei einer bereits eingetretenen oder künftigen Unterversorgung von wem ergriffen?
6. Wie haben sich die Inanspruchnahmen von psychiatrischen und psychotherapeutischen Leistungen bei Kindern und Jugendlichen seit 2006 verändert?

IV. Krankenhausbehandlung

Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin hat eine bundesweite Aktion zur Krankenhausversorgung von Kindern und Jugendlichen gestartet. "Die flächendeckende, qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung von Kindern in Deutschland ist ernsthaft gefährdet. Unsere Kinderkliniken sind Verlierer in einem System, das die Bedürfnisse des Kindes als Patient nicht ausreichend berücksichtigt. Die Sorge, aus finanziellen Gründen bald keine Kinderstation mehr in der Nähe zu haben, ist berechtigt", betonte Prof. Dr. Wagner, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ).

1. Wie hat sich die Anzahl der Betten in der Kinder- und Jugendmedizin, zusätzlich in der Psychiatrie für Kinder und Jugendliche, im Zeitraum zwischen 1990 und 2013 entwickelt (bitte mit Aufschlüsselung der Bettenanzahl auf die Kliniken)?
2. Wie viele Fälle wurden in diesem Zeitraum behandelt?
3. Wie hat sich die Verweildauer entwickelt?
4. Wie stellt sich die Auslastungsquote dar?
5. Wie hat sich in dem genannten Zeitraum die Anzahl der pädiatrischen Spezialambulanzen und sozialpädiatrischen Zentren entwickelt (bitte mit Angaben der Kliniken und der Fallzahlen)?
6. Wie schätzt die Landesregierung die stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Hessen ein, speziell bei Frühgeborenen in den vier Versorgungsstufen?
7. In welcher Entfernung vom Wohnort werden Stationen in Krankenhäusern für Frühgeborene vorgehalten?
8. Aus welchen Gründen werden Perinatalzentren geschlossen, wie beispielsweise am GPZ Rüsselsheim geschehen?
9. Sieht die Landesregierung für die Gegenwart und die Zukunft hier eine ausreichende Versorgung gegeben?
10. Falls nicht, welche Maßnahmen werden entwickelt, um die Versorgung wohnortnah zu gewährleisten?
11. Bieten die DRGs ausreichende Finanzierung für eine qualitativ hochstehende Behandlung?
12. Welche Leistungen müssen von den Kinderkliniken beispielsweise für besondere Ernährung, für pädagogische Begleitung und spezielle Therapieformen erbracht werden, die nicht von den Krankenkassen finanziert werden, und in welcher Höhe belaufen sich diese?
13. Welche Unterstützung lässt die hessische Landesregierung den Kinderkliniken zuteil werden, sodass begleitende Behandlungen beispielsweise durch Ernährungsberatungen, psychologische und pädagogische Unterstützung der Familien möglich sind?
14. Welche Zuzahlungen sind von den Familien für kranke Kinder zu leisten, die für medizinisch unbedingt erforderliche Maßnahmen nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden, wie beispielsweise für künstliche Ernährung oder begleitende Angebote?

15. Welche Kliniken halten klinische und ambulante Gesundheitsleistungen für schwer eingeschränkte Kinder und Jugendliche vor und welche Spezialisierungen gibt es in Hessen?

V. Geburtshilfe

1. Wie viele Geburtshilfestationen gibt es in hessischen Krankenhäusern?
2. Wie viele Geburten pro Jahr finden in diesen Kliniken jeweils statt?
3. Wie viele und welche dieser Geburtshilfestationen sind von der Schließung bedroht?
4. Wie viele Geburtshilfestationen wurden in den Jahren von 1990 bis 2014 geschlossen?
5. Wie viele ambulante Geburtshilfeeinrichtungen gibt es in Hessen?
6. Wie viele Geburten finden in diesen Einrichtungen jeweils statt?
7. Welche Einrichtungen sind von der Schließung bedroht?
8. Wie viele Hebammen sind in Hessen mit welchen Anteilen angestellt in Kliniken, freiberuflich für Kliniken tätig und freiberuflich lediglich ambulant tätig?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die wirtschaftliche Situation der Hebammen zu verbessern?

VI. Familienhebammen

1. Wie viele Familienhebammen wurden seit 2010 ausgebildet?
2. In welchen Kreisen und kreisfreien Städten werden sie eingesetzt?
3. Welche Aufgaben übernehmen sie, z.B. im Rahmen der frühen Hilfen?

VII. Kindervorsorge- und Schuleingangsuntersuchungen

1. Wie hat sich die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen im Zeitraum zwischen 1990 und 2013 entwickelt (bitte nach Gebietskörperschaften aufschlüsseln)?
2. Welche Gründe gibt es nach Ansicht der Landesregierung für unvollständige Untersuchungshefte?
3. Welche Ergebnisse haben die Schuleingangsuntersuchungen zu Impfstatus, auffälligem Hör- und Sehbefund, Übergewicht/Adipositas, auffällige Koordinationsstörungen, auffällige Visuomotorik, auffälliger auditiver Informationsverarbeitung, Kinder mit Zurückstellungen als Regel- oder Kannkind, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf erbracht?
4. Wie haben sich die Ergebnisse seit 1990 entwickelt?
5. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus diesen Ergebnissen?

VIII. Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage

1. Welche Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen legen einen Zusammenhang zwischen gesundheitlicher Situation und sozialer Lage der Kinder bzw. der Eltern nahe?
2. Welche Erkenntnisse gibt es zu der gesundheitlichen Situation von Kindern, deren Eltern Grundsicherungsleistungen beziehen?
3. Welche Erkenntnisse gibt es bezüglich des Besuchs einer Schulform und der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen?
4. Welche Zusammenhänge sieht die Landesregierung zwischen sozialer Lage und gesundheitlicher Situation von Kindern und Jugendlichen?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, diese Zusammenhänge aufzubrechen?

IX. Maßnahmen

Welche gesundheitsfördernden Maßnahmen werden von der Landesregierung für Kinder und Jugendliche in Hessen unterstützt

in Bezug auf:

1. vorgeburtliche Maßnahmen,
2. nachgeburtliche frühe Hilfen,
3. gesundheitliche Maßnahmen in den Kindertageseinrichtungen,
4. gesundheitliche Maßnahmen in den Grundschulen,
5. gesundheitliche Maßnahmen in den weiterführenden Schulen,
6. Präventionsangebote speziell für Jugendliche,
7. Maßnahmen für pädagogisches Personal,
8. Angebote für Eltern,
9. Sonstiges?

X. Wann beabsichtigt die Landesregierung einen neuen hessischen Kinder- und Jugendgesundheitsbericht herauszugeben?

Wiesbaden, 31. Juli 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen

Schott